

TRINKWASSER

Unser kostbarstes Gut in Gefahr



ÖKO ODER KONVENTIONELL?
Wie Landwirtschaft die Landschaft prägt



BAUPLÄNE IN METTMANN
Rastende Störche - Wie lange noch?

MIT VOLL-ERD-GAS VORAUS?

Bundeswirtschaftsministerin Reiche offenbart Lobby-Interessen

Gas und Dampf (kurz GUD)-Kraftwerke haben für den BUND immer eine positive Rolle gespielt:
-weniger CO₂ Emissionen als Kohlekraftwerke.
-im Gegensatz zur Kernkraft schnell an- und auszuschalten.
Damit passend zu den Erneuerbaren, die ja den Strom oft unregelmäßig liefern.

Warum sind wir plötzlich dagegen, wenn unsere Wirtschaftsministerin Reiche sich für die Ausschreibung von 41 Gigawatt (GW) Erdgaskraftwerke ausspricht?

Die Bedingungen haben sich geändert! Mittlerweile können wir Dunkelflauten teils auch mit Speichern überbrücken! RWE plant in Gundremmingen in Bayern den derzeit größten Batteriespeicher Deutschlands mit 700 MWh für 230 Mio. Euro, EnBW hat in Philippsburg die Investitionsentscheidung für einen etwa gleich großen Batteriespeicher getroffen. Beide können den bestehenden Netzanschluss der im Rückbau befindlichen Kernkraftwerke nutzen. Der Speicher von EnBW soll ohne staatliche Förderung gebaut werden. Die Investition scheint sich also zu rechnen!

Bei den Netzbetreibern liegen insgesamt Anträge für den Bau von Batteriespeichern mit einer Gesamtleistung von 500 GW vor. Sehr viel mehr als Deutschlands Stromverbrauch mit 75 GW! In Nordrhein-Westfalen, gibt es derzeit sechs GUD Kraftwerke im Genehmigungsverfahren. Die Kraftwerke haben zusammen eine Leistung von etwa 5 GW elektrisch. Für die Wünsche von Frau Reiche müssten allein in NRW entsprechend der Bevölkerung noch mal soviel gebaut werden. Frau Reiche möchte für ihre Erdgaskraftwerke auch den Ausbau der Erneuerbaren bremsen!

Schauen wir uns mal die GUD an. Alle sechs Kraftwerke haben etwa je 800 MW elektrischer Leistung. Alle sind fähig, die wechselnde Erzeugung aus Erneuerbaren Energien und auch Dunkelflauten auszugleichen. Alle Kraftwerke sollen auf Wasserstoff umgestellt werden. Ob die Betreiber sich an die Vorgaben zur Umstellung auf Wasserstoff halten, hängt aber dann wohl vom Preis ab. Das Problem ist, die Kraftwerke werden für eine Laufzeit von 4000 h im Jahr mit Erdgas genehmigt. Ein GUD Kraftwerk benötigt ca. 4000 h Laufzeit im Jahr, um rentabel zu sein.

Wenn das Kraftwerk nur Dunkelflauten abdecken soll, benötigt es dazu aber deutlich weniger Laufzeit! Im Jahr 2024 gab es zwei Dunkelflauten über insgesamt drei Wochen, das sind ca. 500 Stunden. Die Bezahlung dafür wäre entsprechend teurer und muss rechtlich anders über die Kapazität geregelt werden, was auch für das Jahr 2032 geplant ist. Das wird vielfach teurer als Strom aus Speichern!

41 GW, also 41.000 MW Gaskraftwerke zu fordern ist völlig überzogen! Man muss vermuten, dass „Frau Reiche den großen Energiekonzernen wohl langfristig ihr Geschäft sichern möchte. Auch bestehende Kraftwerke dürfen sich ausdrücklich an den Ausschreibungen beteiligen.“ (Quelle DUH 2026)

Damit ist nicht gesagt, dass die meist kurzfristig verwendeten Speicher zusammen mit Lastmanagement alle Dunkelflauten abdecken können! Wir werden auch weiterhin Gaskraftwerke benötigen, aber deutlich weniger als jetzt geplant. Wir müssen dringend den wahren Bedarf an Gaskraftwerken ermitteln, der auf jeden Fall deutlich geringer ist, als die Forderung der Erdgas-Lobbyistin und Bundeswirtschaftsministerin Reiche!

Götz Lederer

CO₂-ENDLAGER STATT KLIMASCHUTZ?

Ein neues, sinnloses Pipeline-Projekt erreicht den Kreis Mettmann

Industrie und Energiewirtschaft müssen aus Kohle, Öl und Gas aussteigen. Doch anstatt diesen Weg konsequent voran zu gehen, wird die CCS-Technik (Carbon Capture and Storage) als Scheinlösung propagiert. Für den Kreis Mettmann hat dieser Schein schon jetzt ganz reale Konsequenzen: Kommunen im Kreis sind um ihre Stellungnahme zur Verlegung einer Kohlendioxid-(CO₂-)Leitung gebeten worden.

Die Pipeline (Durchmesser 80 cm) soll bei großen Emittenten CO₂ einsammeln. Der Plan: Sie führt von Köln-Wesseling längst durch den Kreis bis in den Duisburger Süden. Dort knickt sie nach Westen ab und reicht bis Rotterdam, wo das Kohlendioxid am Ende in der Nordsee „verschwindet“. Selbst das Umweltbundesamt ist von der Technik alles andere als überzeugt: Es bestehen große Risiken beim unkontrollierten Entwei-

chen. Bislang gibt es nur Forschungs- und Pilotprojekte. Fest steht: Für den Prozess ist ein immenser Energieaufwand erforderlich. Neue Absatzmärkte für Energiekonzerne! Und so scheint der jetzige Vorstoß erst einmal dazu zu dienen, weiter zu machen wie bisher, weil eine neue Technik in der Entwicklung ist. Ein Spiel auf Zeit, die wir nicht mehr haben!

Claudia Roth

INHALT

- Kreisklasse und Oberliga
- 2** Lobby-Interessen im Klimaschutz
Kommentare von Götz Lederer und Claudia Roth
- NATUR, Mensch und Technik
- 4** Für immer und ewig? PFAS
von Dr. Ludwig Wenzel
- 5** PFAS-Grenzwerte im Trinkwasser
von Dr. Walther Enßlin
- 6** CO-Pipeline: Kein Ende in Sicht
von Dieter Donner
- 7** Die Wärmewende geht uns alle an
von Götz Lederer
- BUND aktiv
- 8** Öko oder konventionell:
Wie Landwirtschaft prägt
von Carsten Haider
- 10** Koblode der Nacht: Bilche
von Solveigh Zieger
- 11** BUND-Moorprojekt startet
von Claudia Roth
- BUND vor Ort
- 12** Schädliche Bauvorhaben in Mettmann
von Ursula Ripke
- 13** Schottergarten war gestern
von Marita Wolf-Krautwald und Edeltraud Bell
- 14** Streuobstwiesenfest in Ratingen
von Sabine Klauke
Abschied von Edith Feltgen
von Edeltraud Bell
- Service
- 15** Hinweis zur Jahreshauptversammlung
Adressen und Termine
- BUNDte Seite
- 16** Natur im Wandel

Liebe Leserin, lieber Leser,

sicher haben Sie schon mal Ihren ökologischen Fußabdruck ermittelt. Er zeigt an, wie Ihr individueller Lebensstil zum CO₂-Ausstoß beiträgt und was Sie tun müssen, um so zu leben, dass alle auf der Welt leben können wie Sie.

In letzter Zeit gesellt sich der ökologische Handabdruck dazu: Wie kann andere dazu gewinnen, nachhaltiger zu leben?

Zum Beispiel kann ich Kollegen anbieten, sie mit dem Auto auf dem Weg zur Arbeit abzuholen.

Ich kann dem Nachbarn helfen, zu einem Ökostromanbieter zu wechseln.

Ich kann für das nächste Schulfest einen leckeren veganen Salat beisteuern.

Ich kann aus meiner viel zu großen Wohnung ausziehen und sie einer Familie überlassen, die sie effizienter nutzt.

Oder ich kann mich bei Entscheidungsträgern aktiv dafür einsetzen, dass sich Rahmenbedingungen für ein nachhaltiges Leben verbessern, zum Beispiel durch die Ausbesserung eines Radwegs.

So bekommt das eigene Engagement Hand und Fuß!

Und wenn Menschen ihre verschiedenen Talente und Möglichkeiten gemeinsam einbringen, können sie viel bewirken! Das bereichert unsere Gesellschaft, stärkt unser Miteinander und die Demokratie. Und es hilft gegen den Verdross.

Hierzu passend gleich ein praktischer Übungsfall: Die neue Landrätin Dr. Bettina Warnecke hat noch vor ihrer Wahl bei unserer Podiumsdiskussion festgestellt, dass im Kreis Mettmann 45% der Fläche Landschafts- und Naturschutzgebiet seien und dass doch jeder die Chance haben sollte, ein Haus am Stadtrand zu besitzen.

Aufgabe: Prüfen Sie diese Aussage auf ihre Umsetzbarkeit und beleuchten Sie die Folgen.

Hinweise dazu finden Sie in dieser Zeitung. In diesem Sinne: Gute Lektüre!

Die Redaktion

Herausgeber:
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V., Kreisgruppe Mettmann
Redaktion: Götz Lederer, Claudia Roth

Spendenkonto: IBAN: DE26 3702 0500 0008 2047 00
Stichwort: KG Mettmann

Impressum:
Veröffentlichungen aus dieser Zeitung sind - auch auszugswise - mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht. Wir bitten um ein Belegexemplar. Die Redaktion lädt ein zum Einsenden von Manuskripten und Leserbriefen. Sie ist von Rechtsansprüchen Dritter auf eingesandte Fotos freigestellt. Kürzung und redaktionelle Bearbeitung behalten wir uns vor. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.
Auflage: 1.100

AUF IMMER UND EWIG? PFAS

Eine ungelöste Herausforderung für Umwelt und Gesundheit

Um die Wasserqualität in Langenfeld und die Bedeutung von PFAS ging es beim Informationsabend „Unser Wasser und PFAS“. Der BUND Langenfeld hatte Dr. Ulrike Lackermeier vom Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim, Angelika Horster und Dr. Gottfried Arnold (beide BUND-Landesarbeitskreis Technischer Umweltschutz und Wasser) und BUND-Mitglied Dr. Walther Enßlin eingeladen.

Was sind PFAS?

Angelika Horster führte in die Thematik ein: PFAS, die per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen, sind chemische Verbindungen, die sich durch ihre besondere Stabilität auszeichnen: Sie sind langlebig, mobil, toxisch und bioakkumulierend. PFAS finden sich in tausenden Verbraucherprodukten und technischen Anwendungen, etwa in Outdoor-Bekleidung, Kochgeschirr, Lebensmittelverpackungen oder Feuerlöschmitteln. Bemerkenswert ist ihre Omnipräsenz: Sie werden in allen Umweltmedien, selbst in entlegenen Gebieten, in Biota und im Menschen nachgewiesen. Nach aktuellen Schätzungen umfasst die Stoffgruppe über 10.000 Einzelsubstanzen, von denen bislang weniger als 20 gesetzlich reguliert sind.

Gesundheitsgefahren durch PFAS
Dr. Arnold stellte klar: PFAS belasten nicht nur die Umwelt, sondern stellen auch eine erhebliche Gefährdung für unsere Gesundheit

dar. Untersuchungen zeigen, dass mittlerweile praktisch jede Person in Deutschland PFAS im Blut hat. Besonders alarmierend sind die Ergebnisse bei jungen Menschen: Zum Beispiel: Bei ca. 10% der Kinder und Jugendlichen der Kinderarzt-Praxen in der EU besteht ein statistischer Zusammenhang zwischen der vorgeburtlichen Einwirkung von PFAS und ihrer Fettleber.

Die amerikanische Gesellschaft zur Studie von Lebererkrankungen erwartet aufgrund der Daten von 2015 eine weltweite Zunahme bis 2030 von nicht-alkoholischer Fettleber um 33,5%, von dekompensierter Leber-Zirrhose um 168% und von Leberkrebs um 137%.

20% der Kinder und Jugendlichen weisen sehr hohe PFAS-Konzentrationen im Blut auf. Für jedes fünfte Kind können gesundheitliche Beeinträchtigungen nicht ausgeschlossen werden. PFAS sind langlebige Verbindungen, die sich als sogenannte "Ewigkeitschemikalien" im Körper anreichern und kaum abgebaut werden. Im Laufe der Jahre steigt die ihre Konzentration im Organismus, sodass das Überschreiten kritischer Schwellenwerte nur eine Frage der Zeit ist.

PFAS in der Umwelt: Belastete Orte und Hotspots

Die Umweltbelastung durch PFAS wird zunehmend besser dokumentiert, sagte Dr. Enßlin. In Deutschland wurden über 1.500 verschmutzte Orte und rund 300

Hotspots mit erheblichen Gesundheitsrisiken identifiziert. Der BUND nennt hierzu konkrete Beispiele: So kam es etwa am Düsseldorfer Flughafen durch den Einsatz von PFAS-haltigen Löschschäumen bei einem Großbrand zu einer Kontamination von Böden und Grundwasser. Auch andere Standorte, wie etwa Leverkusen, sind betroffen. Die Problematik ist weitreichend und betrifft Regionen im ganzen Land.

Dr. Walther Enßlin sagte: „Früher war Regenwasser trinkbar, heute ist das Regenwasser als Trinkwasser wegen der hohen PFAS-Konzentrationen weltweit nicht mehr zugelassen“. Eine Ursache ist, dass dringend benötigte Grenzwerte für die Industrie nicht definiert werden. Das deutsche Bundes-Immissionsschutzgesetz ist äußerst unzureichend. Dieses dringend verbesserungswürdige Gesetz erlaubt den Firmen Giftemissionen, deren Konzentrationen und Mengen weit über den Werten liegen, die nach dem Bundes-Bodenschutzgesetz die Böden aufnehmen und auch die Menschen ertragen können. Hier findet unaufhaltbar eine kontinuierlich steigende Vergiftung von Böden, Pflanzen, Tieren und Menschen statt.

Weiterhin handelt nach seiner Recherche der Trinkwasserverband Baumberg gesetzwidrig, weil er seit über 10 Jahren ein hochgepumptes, mit Fungiziden vergiftetes Grundwasser ohne Aufbereitung und somit unter Verstoß gegen das Bundesbodenschutz-

Der BUND kümmert sich auf Bundes- und Landesebene intensiv um die außer Kontrolle geratene Produktion und Verbreitung von PFAS. Auch auf europäischer Ebene erhebt er Forderungen. Weiterführende Informationen finden sich auf den Internetseiten. Der BUND Langenfeld möchte das Thema vor Ort aufgreifen und vertiefen:

- Was bedeutet PFAS für Tiere und Menschen?
- Welche Bedeutung hat das Thema auf unserer regionalen Ebene?
- Was können wir als BUND Langenfeld und als Verbraucher*innen tun?

Das sind Fragen, die noch viel mehr und differenziert betrachtet werden müssen. Geplant ist die Einrichtung einer Arbeitsgruppe für Monheim und Langenfeld.

Interessierte sind eingeladen, mitzumachen. Kontakt: bund.langenfeld@bund.net



BUND-Sprecher Dr. Ludwig Wenzel (li.) mit den Vortragenden Dr. Ulrike Lackemeier, Dr. Walther Enßlin, Angelika Horster und Dr. Gottfried Arnold (Foto: Lore Lindner)

gesetz (§ 6) wieder in den Boden einleitet. Das Trinkwasserwerk Baumberg hat das Trinkwasser nach dem illegalen Ablassen des mit PFAS verseuchten Löschwassers in den Rhein durch die Firma Currenta trotz Nachfrage von Dr. Arnold nicht untersucht und so eine ungeklärte Belastung der Bevölkerung 2021 durch PFAS im Trinkwasser aus dem Rheinuferfiltrat in Kauf genommen.

Wie ist die Lage in Langenfeld? Frau Dr. Lackemeier stellte Untersuchungsergebnisse aus Messungen im Grund- und Trinkwasser vor. In den regelmäßig untersuchten Wässern sind PFAS nachweisbar. Nach Angaben des Verbandswasserwerks Langenfeld-Monheim können die PFAS-Konzentrationen im Trinkwasser, aufgrund der vorhandenen Trinkwasseraufbereitung, reduziert werden, so dass alle gesetzlichen Anforderungen an die Trinkwasserqualität eingehalten werden. Die Trinkwasseranalyse wird auf der Homepage der Stadtwerke veröffentlicht.

Dr. Gottfried Arnold bemerkte jedoch im Nachgang: „Tatsache ist aber, dass die Grenzwert-Festlegung verständlicherweise sich jeweils auf eine einzige Substanz bezieht wie z.B. Nitrat im Trinkwasser. Dazu gibt es entsprechende Untersuchungen und Da-

ten. Sehr viel komplizierter wird es schon, wenn man nur 2 oder 3 Substanzen einer Klasse (PFAS) beobachten will: dafür gibt es überhaupt keine Normwerte. Sehr wenige Arbeiten beschäftigen sich mit der schwierigen Frage, was passiert, wenn 2 oder 3 (von den 10.000 PFAS) in einem Körper zusammenwirken: Addieren sie sich oder potenzieren oder schwächen sie sich gegenseitig ab? Solche Fragestellungen können nur durch langwierige und daher kostspielige und von Anfang an sorgfältig auf die Beantwortung eines ursächlichen Zusammenhanges hin angelegtes Studiendesign beantwortet werden: prospektive, longitudinale Untersuchungen. Je größer die Anzahl der Stoffe, desto komplizierter wird die Fragestellung bis man wissenschaftlich vor der Komplexität „abschnallen“ muss: Die Frage ist so wissenschaftlich exakt nicht zu beantworten. Was aber ist die reale Situation eines erwachsenen Menschen oder eines ungeborenen Kindes? Eine Vielzahl ähnlich wirkender Stoffe (z.B. hormonaktive) der Gruppe der PFAS, von Pestizid-Rückständen, von Mikro-Nanoplastik-Partikeln oder -Chemikalien kommen zu den vom Straßenverkehr eingeatmeten Feinstaub- und Abgas- und Autoreifenabrieb-Partikeln in unsere Atemwege. Einen bestimmten Anteil davon nehmen wir auf, gelangt ins Blut, in andere

Organe, die Plazenta, den Fötus. Grenzwerte (auch wenn man die Gruppe der 20-PFAS aus dem Trinkwasser oder die 4-er Gruppe der EFSA nimmt) sind mit großen Unsicherheitsfaktoren berechnet und geben nicht im Entferntesten die tatsächliche menschliche Schadstoff-Belastung (Gesamt-Exposom) wieder.“

Dr. Ludwig Wenzel

Quellennachweise zu diesem Text sind auf der Homepage des BUND Langenfeld zu finden:

www.bund-kreis-mettmann.de/langenfeld/

Was bringen Grenzwerte für Trinkwasser?

Seit Mitte Januar 2026 gilt in Deutschland eine neue Trinkwasserverordnung. Sie setzt erstmals verbindliche PFAS-Grenzwerte fest, die die Wasserversorger einhalten müssen. Das stellt die Verantwortlichkeit und die Kostenfrage auf den Kopf: Nicht die Bürger müssten die umfangreichen Kosten für die Analyse und Reinigung des Trinkwassers tragen, sondern die Verursacher der Verseuchung von Wasser, Boden und Luft mit PFAS.

Der Einsatz von PFAS würde sich sofort verbieten, wenn deren Folgekosten berücksichtigt und von den Produzenten und damit den Anwendern der PFAS getragen werden müssten.

Die hohen Kosten PFAS aus der Umwelt zu entfernen, steigen schnell ins Unermessliche, da diese sich über Luft und Wasser über die ganze Welt bis in den letzten Winkel auch unseres Gehirns verbreiten. Vor allem das Abbauprodukt der PFAS - die Trifluoressigsäure - lässt sich kaum aus dem Trinkwasser entfernen. Für viele Anwendungsfälle der PFAS gibt es Alternativen. Warum geschieht nichts?

Die langfristigen gesundheitlichen Risiken der PFAS sind noch nicht vollständig erforscht, was ein präventives Verbot umso wichtiger macht.

Dr. Walther Enßlin

CO-PIPELINE: KEIN ENDE IN SICHT

Unbearbeitete Baustellen und fehlende politische Legitimation

Anfang 2025 wollte Covestro den Eindruck vermitteln, dass nun nur noch „letzte Schritte“ bis zur Inbetriebnahme seiner CO-Giftgas-Pipeline zu gehen seien. Dies vor allem, weil letzte anhängige Klagen „erfolglos“ waren. In der Sache getan hat sich seitdem kaum etwas.

Seit fast zwei Jahren wird von Covestro Druck gemacht, um die CO-Pipeline in Betrieb zu nehmen. Dabei sollte zügig mit den kommunalen Rettungskräften – heimlich und ohne Beteiligung der betroffenen Anwohner*innen – verhandelt werden. Und das, bevor die Pipeline überhaupt komplett fertiggestellt ist. Bayer hatte noch 2012 eine umfangreiche Planänderung beantragen müssen, weil die Vorgaben des Planfeststellungsbeschlusses auf fast jedem der 67 Kilometer missachtet wurden. Über diese Planänderung ist noch immer nicht entschieden. Denn die Verwaltungsrichter bis zum Oberverwaltungsgericht haben sich in ihren Urteilen nur auf das Planverfahren bezogen, sich aber mit den Unzulänglichkeiten der Bauausführung nicht befassen wollen. So schlummert noch immer viel Ungewisses in der Erde.

Bei dem früheren Versuch von Bayer schon im Jahr 2009 die Vorab-Genehmigung zur Inbetriebnahme zu erstreiten, hatte das Verwaltungsgericht Düsseldorf gerügt, dass der eigentlich als Prüfer eingesetzte TÜV-Mann sich mit Bayer und dem Bauunternehmen zu sehr „gemein“ gemacht habe.

Unter anderem findet sich dessen Zitat „Wir bauen sicher.“ in den Gerichtsakten. Und das, obwohl es u.a. um den Einsatz falscher Rohrqualitäten, nicht zertifizierter Schweißgeräte und falsch verlegtem Schnüffelschlauch ging. Alles dies dürfte erheblichen Einfluss auf die Un-Sicherheit der Pipeline haben.

Verfassungsrichter und Fake-Daten

Selbst Verfassungsrichter dürften auf Fake-Daten hereingefallen sein. Nämlich als sie in der Rück-



Schweißen wie im Wilden Westen - das Regelwerk dient allenfalls als Unterlegkeil. (Foto: Dieter Donner)

weisung der Vorlage des Oberverwaltungsgerichts Münster zur „Verfassungswidrigkeit des Rohrleitungsgesetzes NRW“ schrieben, dass „die vom Rohrleitungsgesetz zugelassene Enteignung nicht nur dem die Anlage betreibenden Unternehmen dient, sondern einer Vielzahl von Kohlenmonoxid verarbeitenden Betrieben in der Region zugute kommt.“ Dabei gibt es – für jeden offensichtlich – für andere Unternehmen gar keinen Zugang zur „werkseigenen CO-Pipeline“, sondern nur die Verbindung der beiden Werke Dormagen und Krefeld-Uerdingen.

Die „vergessene Evaluierung“

Um auch die Politik auf Versäumnisse hinzuweisen, war eine kleine Delegation aus BUND und Bürgerinitiative im Herbst 2025 zur „Nacht des Parlamentes“ im Landtag NRW und hat drei Fraktionen an die fehlende, aber gesetzlich vorgeschriebene Evaluation des Rohrleitungsgesetzes erinnert. Zumindest die SPD-Fraktion hat dazu im Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 29. Oktober 2025 eine Anfrage gestellt. Von der Landesregierung wurde eingeräumt, es

wären „bis zum 31. Dezember 2010 die Auswirkungen des Gesetzes zu überprüfen und dem Landtag zu berichten“. Diese Evaluation wurde aber seitdem ausgesetzt. Trotz dieses Versäumnisses gab es in der Sitzung keine Nachfragen – weder aus den Regierungs- noch aus den Oppositionsfraktionen. Das hat wohl selbst die anwesende Ministerin gewundert. Es scheint, als ob Parlament, Landes- und Bezirksregierung dieses „heiße Eisen“ in aller Verschwiegenheit und unter dem Radar der Öffentlichkeit erledigen wollen.

Es gibt aber noch viele offene Aufgaben und kritische Fragen zu klären.

Wir lassen ein „Vergessen“ nicht zu und halten weiter Wache, bis die Gefahr durch dieses gefährliche und menschenverachtende Projekt erledigt ist. Ob und wann ist Covestro im ADNOC-Verbund bereit, dieses Projekt, das aus der Zeit gefallen ist, aufzugeben?

Dieter Donner

DIE WÄRMEWENDE GEHT UNS ALLE AN

Kommunale Wärmepläne helfen, wenn sie umgesetzt werden

Die Temperatur in Deutschland steigt und steigt. In den letzten 20 Jahren hat die Durchschnittstemperatur um fast ein Grad zugenommen.

Das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), Prognos und die Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung (GWS) gehen in ihrer Studie „Kosten durch Klimawandelfolgen in Deutschland“ davon aus, dass der Klimawandel bis zum Jahr 2050 Deutschland mit bis zu 900 Milliarden Euro belasten könnte, wenn keine Maßnahmen zur Eindämmung ergriffen werden. Ein großer Teil der CO₂-Belastung entsteht durch unsere fossilen Heizungen. Jede Kommune soll daher die Heizungslandschaft verbessern und dafür ein Wärmeplanungskonzept erstellen. Die kommunalen Wärmepläne im Sinne des „Gesetzes zur kommunalen Wärmeplanung“ geben vor, dass Städte eine Prüfung durchführen müssen, wo in ihrem Ge-

biet eine Nahwärmeversorgung sinnvoll erscheint und wo nicht. Mit verpflichtender Bürgerbeteiligung. Sonst gibt dieses Gesetz nichts vor! Es gibt keinen Zeitplan für eine ökologische Umsetzung vor, es gibt nicht einmal die Umsetzung der Prüfungsergebnisse selbst vor. Insbesondere gibt es nicht vor, dass Wärme eingespart werden soll oder muss. Dies wäre aber der wichtigste Handlungsbedarf.

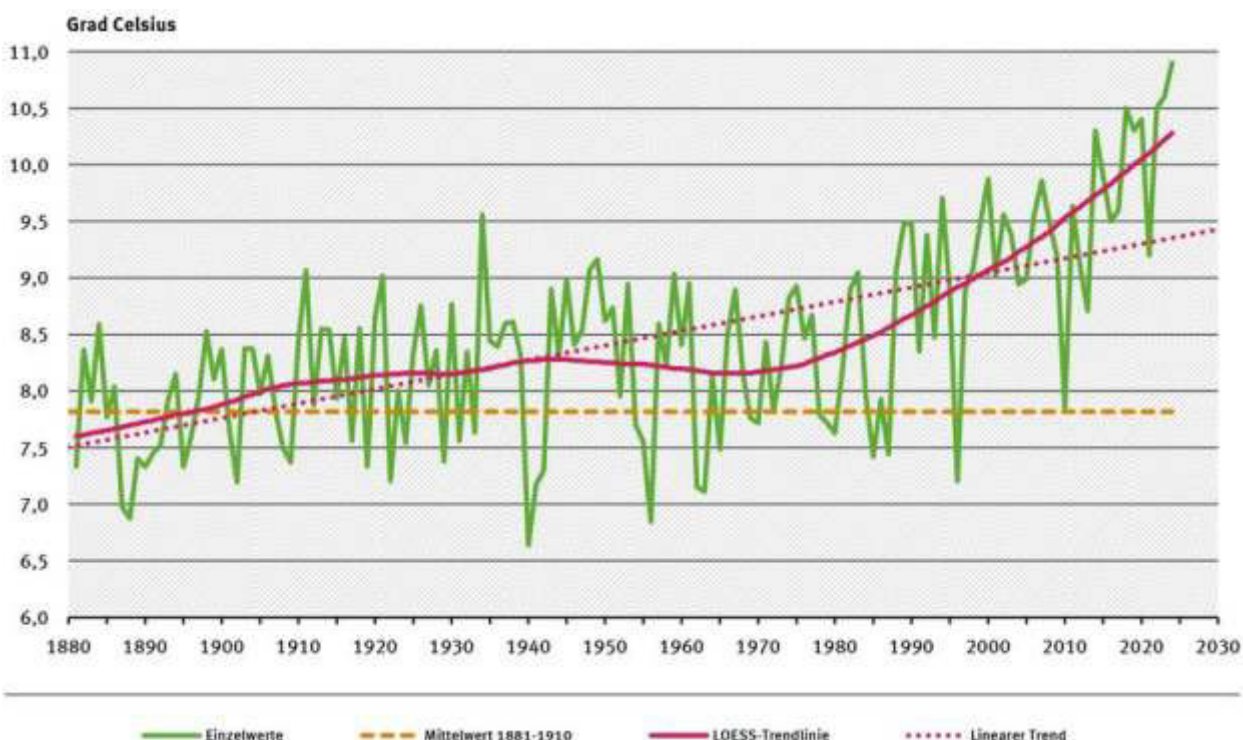
Damit ist fraglich, welche Antworten wir von solch einer Studie erwarten können, und inwiefern es den BUND und die Bürger in NRW weiterbringt. Daraus folgt, dass vor Ort Druck entstehen muss, damit die Wärmepläne auch durchgesetzt werden. Der BUND Wülfrath hat nach einem Gespräch mit dem Klimamanager Jonathan Nolte den Bürgermeister aufgefordert, im Sinne des Klimaschutzes zu handeln. Für das Wärmeplanungskonzept der Stadt Wülfrath wird zurzeit das

Leistungsverzeichnis erarbeitet. Auf dessen Basis wird die Vergabe zur Erarbeitung des Wärmeplanungskonzeptes erfolgen. Das Ergebnis des Konzeptes der Stadt Wülfrath wird Ende 2026 erwartet. Dann ist ersichtlich, in welchen Bereichen etwa Fernwärme angeboten werden soll, und wo z. B. Wärmepumpen nötig sind. Spätestens dann sollten sich Hausbesitzer, Mieter, Wohnungsbaugesellschaften, Firmen, Verbände und vor allem die Bürger zusammensetzen, um für Wülfrath eine effektive und finanzierbare Lösung zu finden. Wir fordern dann den Wülfrather Bürgermeister auf zur Bürgerinformation einzuladen!

Einen Tipp gibt es aber schon jetzt: Neue Gasheizungen sollte heute niemand mehr einbauen. Es ist absehbar, dass es in den nächsten Jahren immer weniger Gasheizungen gibt. Kosten wie die für das Netz müssen dadurch von immer weniger Kunden getragen werden.

Götz Lederer

Jährliche mittlere Tagesmitteltemperaturen in Deutschland 1881 bis 2024



Grafik: Umweltbundesamt (Quelle: Deutscher Wetterdienst)

ÖKO ODER KONVENTIONELL?

Wie unsere Landwirtschaft Artenvielfalt, Klima und Landschaft prägt

Die Landwirtschaft prägt unsere Kulturlandschaft wie kaum ein anderer Wirtschaftszweig. Auch im Kreis Mettmann bestimmen Äcker, Wiesen und Weiden das Bild vieler Ortsteile. Doch Landwirtschaft ist nicht gleich Landwirtschaft: Zwischen ökologischer und konventioneller Bewirtschaftung bestehen grundlegende Unterschiede mit weitreichenden Folgen für Artenvielfalt, Boden, Wasser und Klima.

Feldgehölze: Lebensadern in der Agrarlandschaft

Hecken, Feldgehölze, Baumreihen und Saumstrukturen sind unverzichtbare Elemente einer artenreichen Agrarlandschaft. Sie bieten Brut- und Rückzugsräume für Vögel, Insekten, Kleinsäuger und Amphibien, schützen Böden vor Erosion und wirken als natürliche Klimapuffer.

In der konventionellen Landwirtschaft gelten diese Strukturen jedoch häufig als „Produktionshindernis“. Um große, effizient zu bewirtschaftende Schläge zu schaffen, wurden in den vergangenen Jahrzehnten zahlreiche Hecken und Feldgehölze beseitigt. Übrig bleiben ausgeräumte Landschaften, in denen Feldlerche, Kiebitz oder Wildbienen kaum noch Lebensraum finden.

Der ökologische Landbau verfolgt einen anderen Ansatz. Feldgehölze werden hier als Teil des landwirtschaftlichen Systems verstanden. Sie fördern Nützlinge, verbessern das Mikroklima und tragen langfristig zur Stabilität der Erträge bei. Viele Ökobetriebe pflegen bewusst Hecken, Blühstreifen und Ackerrandstrukturen ein Gewinn für Natur und Landschaft.

Pestizideinsatz: Gift für die Artenvielfalt

Ein zentraler Unterschied zwischen beiden Bewirtschaftungsformen liegt im Umgang mit Pestiziden. In der konventionellen Landwirtschaft werden chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel routinemäßig eingesetzt gegen Unkräuter, Pilzkrankheiten und Insekten. Rückstände dieser Mittel finden sich nicht nur auf den Feldern, sondern auch in Böden, Gewässern und selbst in Schutzgebieten.

Besonders alarmierend ist der Zusammenhang zwischen Pestizideinsatz und dem dramatischen Insektensterben. Studien zeigen einen massiven Rückgang der Biomasse flugaktiver Insekten mit Folgen für Vögel, Fledermäuse und die Bestäubung unserer Kulturpflanzen.

Im Ökolandbau sind chemisch-synthetische Pestizide verboten. Stattdessen setzen Biobetriebe auf Fruchtfolgen, mechanische Unkrautregulierung, resistente Sorten und die Förderung natürlicher Gegenspieler. Das Ergebnis sind vielfältigere Ackerflächen, größerer Artenreichtum und deutlich geringere Belastungen für Mensch und Umwelt.

Ackerfläche in Erkrath: Nach der Ernte wurde der gesamte Aufwuchs mit Pestiziden abgetötet. Hier überlebt kein Wildkraut. (Foto: Solveigh Zieger)

Überdüngung: wenn Nährstoffe zur Gefahr werden

Ein weiteres gravierendes Problem der konventionellen Landwirtschaft ist die Überdüngung. Hohe Mengen an mineralischem Stickstoffdünger und Gülle werden ausgebracht, um maximale Erträge zu erzielen. Überschüssige Nährstoffe gelangen jedoch ins Grundwasser und in Flüsse mit Folgen wie Nitratbelastung und Eutrophierung. Auch im Kreis Mettmann ist der Schutz des Trinkwassers ein zentrales Thema. Hohe Nitratwerte gefährden nicht nur Ökosysteme, sondern verursachen auch steigende Kosten für die Wasseraufbereitung.

Der ökologische Landbau arbeitet mit deutlich geringeren Nährstoffeinträgen. Mineraldünger ist verboten, die Tierhaltung ist an die Fläche gebunden, und Nährstoffe werden überwiegend im betrieblichen Kreislauf gehalten. Das schont Böden, Gewässer und langfristig auch den Geldbeutel der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Massentierhaltung: Klimakiller mit System

Besonders klimaschädlich wirkt die industrielle Massentierhaltung. Große Tierbestände produzieren enorme Mengen an Methan und Lachgas – zwei hochwirksame Treibhausgase. Hinzu kommen Emissionen aus Futtermittelimporten, insbesondere Soja aus Südamerika, für dessen Anbau Regenwald zerstört wird. Die Trennung von Tierhaltung und Futteranbau ist ein Kernproblem der konventionellen Landwirtschaft. Gülleüberschüsse, Ammoniakemissionen und Tierleid sind die Folge.

Ökologische Tierhaltung setzt dem ein anderes Modell entgegen: weniger Tiere, mehr Platz, Auslauf im Freien und Futter aus regionalem Anbau. Zwar ist auch ökologische Tierhaltung nicht klimaneutral, doch ihre Emissionen sind deutlich geringer und sie ist eingebettet in ein Gesamtsystem, das Boden, Klima und Tierwohl stärker berücksichtigt.

Fazit: Landwirtschaft braucht einen Systemwechsel

Der Vergleich zeigt deutlich: Der ökologische Landbau ist kein Nischenprojekt, sondern ein zentraler Baustein für eine zukunftsfähige Landwirtschaft. Er schützt Feldgehölze, verzichtet auf giftige Pestizide, reduziert Nährstoffüberschüsse und begrenzt klimaschädliche Tierhaltung.

Als BUND setzen wir uns dafür ein, dass politische Rahmenbedingungen

- den Ökolandbau stärken,
- Naturschutzleistungen honorieren und
- den Umbau der Landwirtschaft voranbringen.

Denn eine vielfältige Landschaft, sauberes Wasser und ein stabiles Klima sind keine Luxusgüter – sie sind die Grundlage unserer Lebensqualität, auch hier im Kreis Mettmann.

Carsten Haider

Acker, naturbelassener Wirtschaftsweg und Wildhecke am Urdenbacher Altrhein:
Vielfältiger Wirtschafts- und Lebensraum für Mensch und Tier (Foto: Claudia Roth)

KOBOLDE DER NACHT

Bilche im Kreis Mettmann

Ein Gartenschläfer in Erkrath-Hochdahl? Der Fotonachweis von 2022 sorgte 2025 für Begeisterung, denn die putzigen Nager mit der Zorro-Maske gelten als stark gefährdet und sind vielerorts bereits verschwunden. Auch Hinweise auf Siebenschläfer gibt es nicht weit entfernt vom Kreis. Grund genug, die geheimnisvollen „Schlafmäuse“ (engl. Dormice) genauer unter die Lupe zu nehmen.

Deutschland beherbergt ursprünglich vier Bilcharten: Gartenschläfer (schwarze Zorro-Maske), Siebenschläfer (der größte), Haselmaus (die kleinste) sowie den Baumschläfer, der seit Jahrzehnten als verschollen gilt.

Diese Bilche sind wahre Ureinwohner Europas ihre Vorfahren kletterten bereits vor 55 Millionen Jahren durch unsere Wälder. Während die Haselmaus Menschen meidet und lieber in alten Wäldern lebt, sind Gartenschläfer und Siebenschläfer mutige Kulturfolger: Sie nutzen Gärten, Parks und Dachböden.

Schlaf als Überlebensstrategie

Bilche können etwas, was uns Menschen verwehrt bleibt: Sie fahren ihren Körper komplett herunter. Beim Winterschlaf sinkt ihre Körpertemperatur von 36°C auf frostige 4°C das Herz schlägt nur noch zweimal pro Minute. Der Rekordhalter ist der Siebenschläfer: Er kann bis zu 11 Monate am Stück schlafen Weltrekord unter allen Säugetieren. Weil Bilche zu den urtümlichsten Nagern gehören, können sie keine Zellulose verdauen. Sie brauchen energiereiche Nahrung wie Insekten und Nüsse. Fehlt diese im Winter, müssen sie schlafen oder sterben.

Männchen stehen zudem vor einem „Sex oder Schlaf“-Dilemma: Testosteron verhindert Energiesparen im Sommer. Wer sich paart, kann nicht dösen und verliert Gewicht. Alte Männchen (8-10 Jahre) gehen höhere Risiken ein. Paradox: In guten Mastjahren sterben mehr Bilche, weil Fortpflanzung sie länger aktiv hält und so zur Beute macht. In schlechten Jahren schlafen sie durch und überleben besser. Bis zu 24 Siebenschläfer kuscheln dann zusammen zur besseren Wärme-regulierung. Diese Strategie zahlt sich aus. Siebenschläfer können bis zu 14 Jahre alt werden, außergewöhnlich für kleine Nagetiere.

Die sprechenden Kobolde

Im Frühling wird es laut: Gartenschläfer-Männchen werben mit Quieken, Pfeifen, Murmeln und leisem Surren – die ganze Nacht! Sie knurren, schnurren und markieren so ihr Revier. Anders als die viel leisere Haselmaus oder der laut polternde Siebenschläfer klingen sie besonders vielfältig.

Allesfresser mit unterschiedlichen Schwerpunkten

Gartenschläfer sind wahre Gourmets und fressen: Ohrwürmer, Käfer, Spinnen, Schnecken, Obst und Nüsse. Siebenschläfer bevor-



Ein seltener Anblick: Gartenschläfer am Tag
(Foto: Andreas Berger)

zugen pflanzliche Kost und lieben u.a. Eicheln und Bucheckern. Haselmäuse ernähren sich fast ausschließlich pflanzlich und bevorzugen Knospen, Samen, Beeren und Nüsse. Bedeutet besonders für Gartenschläfer: Ohne Insekten kein Winterschlaf, kein Überleben. Das dramatische Insektensterben bedroht sie direkt.

In höchster Not aber nicht ohne Hoffnung

In einer Studie des Projekts „Spurensuche Gartenschläfer“ wurden über 100 verendete Gartenschläfer untersucht. Kaum ein Tier ohne Giftbelastung. Zwischen vier und 21 verschiedene Chemikalien waren gleichzeitig nachweisbar, darunter aktuelle Insektizide, Fungizide, DDT und Rattengift. Im Detail wurden in den Lebern toxische Substanzen wie DDT (und dessen Abbauprodukte) in „teilweise erheblichen Konzentrationen“ nachgewiesen, obwohl DDT seit den 1970er Jahren verboten ist. Zudem ergab sich bei jedem zweiten Totfund eine weitere Belastung durch Rattengift.

Die tödliche Falle: Beim Winterschlaf werden Gifte beim Fettabbau freigesetzt, sodass die Giftkonzentration im Blut ansteigt. Der Gartenschläfer gilt als „stark gefährdet“ und ist seit 100 Jahren auf dem Rückzug. Deutschland trägt besondere Verantwortung, denn hier lebt ein Großteil der weltweiten Population. Doch es gibt eine überraschende Wendung: Städte sind zum letzten Refugium geworden. Gartenschläfer geht es heute in Städten besser als im Wald. Friedhöfe, Parks und naturnahe Gärten sind ihre Hochburgen.

Citizen Science: „Spurensuche Gartenschläfer“

Von 2018 bis 2024 lief das größte Bilch-Forschungsprojekt aller Zeiten mit über 22.000 Meldungen

von Bürger*innen, zwei Drittel mit Foto- oder Tonbeweis.

Die wichtigsten Erkenntnisse:

- Pestizide und Rattengifte finden sich in über 50% der untersuchten Gartenschläfer
- Es gibt viele isolierte Inselpopulationen ohne genetischen Austausch
- 60 % Stadttiere sterben durch Hauskatzen
- In NRW entstanden vor allem durch naturnahe Parkgestaltung neue Lebensräume

Appell: Rettet die Koblode

Bilche sind lebende Fossilien, Schädlingsbekämpfer und Indikatoren für intakte Natur. Ihr allmähliches Verschwinden in den letzten 30 Jahren europaweit ein unersetzlicher Verlust. Doch Schutzmaßnahmen funktionieren.

Solveigh Zieger

Bilche schützen!

Was können wir tun?

- : Naturnahe Grünflächen sind Bilch-Paradiese: Heimische Hecken (Schlehe, Weißdorn, Kornelkirsche, Hundsrose, Haselnuss), Obstbäume, Beeresträucher, Steinhäufen, Reisighäufen als Tagesverstecke
- : Nistkästen für Gartenschläfer und Siebenschläfer aufhängen
- : Wasserschalen aufstellen: Bilche benötigen Trinkstellen
- : Regentonnen und Lichtschächte absichern (das hilft auch anderen Tieren)
- : Kein Gift verwenden
- : Wilde Ecken lassen
- : Fassadenbegrünung als Bewegungskorridor
- : Spurentunnel basteln und auslegen sowie Meldungen von Sichtungen an www.observation.org oder www.gartenschlaefer.de

BUND-MOORPROJEKT STARTET Wiedervernässungsaktionen ab Herbst

Intakte Moore sind wie Schwämme, die bei starkem Regen Wasser aufnehmen und bei Dürre langsam wieder abgeben. So werden sie nicht nur zum Lebensraum für seltene Tiere und Pflanzen, sondern schützen auch die menschlichen Wohnquartiere bei Hochwasserlagen.

Seit Sommer 2023 läuft das BUND-Projekt „Renaturierung von Moorlebensräumen auf der Bergischen Heideterrasse“ in NRW. Im Herbst 2026 kommt es in den Kreis Mettmann. Dann werden auf ersten Flächen in Langenfeld und Hilden Abflussgräben verschlossen und Moore wiedervernässt. Wer helfen möchte, kann sich auf der Homepage registrieren oder bei den Ansprechpersonen im Kreis melden.

Claudia Roth

BUND-MOORPROJEKT NRW

AKTIONSSSEITE: www.bund-nrw.de/moore-renaturieren/

BUND-ANSPRECHPERSONEN IM KREIS:

LANGENFELD: Birgit Radke (bund.langenfeld@bund.net)

HILDEN: Claudia Roth (claudia.roth@bund.net)

RATINGEN: Andreas Lammert (bund.ratingen@bund.net)

SCHLUSS MIT SCHÄDLICHEN BAUVORHABEN

Stadt Mettmann macht vor, wie es nicht mehr gehen kann



Der Flächenfraß hält unvermindert an, auch in Mettmann. Unter anderem plant die Stadt den Bau einer neuen Feuerwache, einer Gesamtschule und eines Hallenbades - alles auf bisher unversiegelten Flächen auf besten Ackerböden. Wie die Verfahren ablaufen und an welchen Stellen Einfluss genommen werden kann, zeigt dieser Bericht über die aktuell fragwürdigsten Projekte: der Bau eines riesigen Supermarktes und einiger Wohneinheiten der Luxusklasse.

Der Flächennutzungsplan muss geändert werden, und es müssen Bebauungspläne aufgestellt werden. Gesetzlich ist eine Kommune dazu verpflichtet, an ihren Planungen die sogenannten Träger öffentlicher Belange (TÖBs) zu beteiligen. Hierfür schreibt eine von der Stadt Mettmann beauftragte Firma den BUND und andere TÖBs wie z.B. auch die untere Naturschutzbehörde an und bittet sie um artenschutzrechtliche Stellungnahmen. Eine solche Stellungnahme muss übrigens keine besonderen formalen Vorgaben erfüllen und auch nicht wissenschaftlichen Standards entsprechen, sondern nur auflisten, welche (besonders geschützten) Tier- und Pflanzenarten in dem betreffenden Gebiet und in einem bestimmten Radius vorkommen.

Unsere Stellungnahme haben wir vor etwa eineinhalb Jahren abgegeben und wurden daraufhin darüber informiert, dass eine vertiefte Artenschutzprüfung (ASPII) durchgeführt würde. Deren Ergebnisse liegen bis dato noch nicht schriftlich vor. Aus der Erfahrung ist aber zu erwarten, dass trotz des nachweislichen Vorhandenseins etlicher geschützter Arten grünes Licht gegeben wird für die Bebauungspläne.

Im Rahmen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung wurden dann Ende des Jahres die Pläne öffentlich im

Rathaus ausgelegt, und es fanden zwei Infoabende der Stadt Mettmann statt. Beim ersten Termin erklärte ein externer Stadtentwickler die angeblich nötige und sinnvolle Errichtung eines großen Supermarktes (1.600-1.800 m² Verkaufsfläche plus PKW-Stellplätze und LKW-Buchten) direkt westlich der Hasseler Straße. Angeblich soll dadurch die Nahversorgung in Metzkausen sowie in Teilen der Siedlung Kaldenberg verbessert werden. Schon ein Blick auf die Karte und insbesondere die Topographie zeigt, dass dies eine Behauptung ist, die ganz offensichtlich herbeifantasiert wird. Entsprechend deutlich war die Ablehnung seitens vieler der versammelten Bürger*innen, des Bürgervereins Metzkausen und unserer BUND-Ortsgruppe.

Am zweiten Infoabend ging es um eine geplante Wohnbebauung, von der Stadt als bloße „Arrondierung“ bestehender Siedlungsflächen dargestellt. Es sollen 24 Wohneinheiten entstehen, alleamt der Luxusklasse zuzuordnen. Wortreich wurde seitens der Stadt erläutert, welche ökologischen Bauvorschriften dafür gelten sollen, aber die Tatsache bleibt bestehen, dass wieder einmal bestes Ackerland unwiederbringlich versiegelt würde.

Besonders kritikwürdig ist, dass der Supermarkt und die Wohnhäuser unmittelbar angrenzen würden an ein kleines, aber sehr artenreiches Biotop. Dieses muss zwar als Geschützter Landschaftsbestandteil (LB) von der Bebauung ausgenommen werden, aber es ist völlig unrealistisch zu behaupten, dass es nicht in Mitleidenschaft gezogen würde. Spätestens dann, wenn der vorhandene Fußweg zur Straße ausgebaut würde, dürfte dies das Ende der Amphibien- und Reptilienpopulationen in dem Bruchwäldchen sein. Durch die Überbauung würden auch den ansäs-

sigen Greifvögeln und rastenden Störchen Teile ihrer Nahrungsgründe entzogen werden. Entsprechend deutlich war die Ablehnung der Bebauungspläne durch die versammelten Bürger*innen und auch uns.

Und wie geht es weiter? Wir werden uns weiterhin vehement gegen sämtliche dieser überdimensionierten und schädlichen Bebauungsprojekte einsetzen. Wir können dabei auf die Unterstützung des Bürgervereins Metzkausen zählen - mit über 1.600 Mitgliedern eine starke, engagierte Gemeinschaft. Auch haben einige unmittelbar betroffene Anwohner uns falls nötig juristische und finanzielle Unterstützung zugesagt. Wir werden weiterhin und verstärkt unsere ablehnende Position gegenüber den im Stadtrat vertretenen Fraktionen und dem neuen Bürgermeister zum Ausdruck bringen.

Entscheidend bleibt aber, den Widerstand gegen den Flächenfraß möglichst breit zu organisieren. Den Entscheidungsträgern in Rat und Verwaltung muss deutlich gemacht werden, dass die Bevölkerung, in deren Interesse vorgeblich das geplante Nahversorgungszentrum liegt, dieses definitiv nicht wünscht. Denn es ist klar: Die bisherige Versorgungslage ist ausreichend, „nur“ das Verkehrsaufkommen würde sich drastisch erhöhen; unersetzliche Acker- und Naturflächen würden für immer zerstört.

Hoffen wir, dass es uns mit vereinten Kräften gelingt, die Bebauung noch abzuwenden!

Ursula Ripke

SCHOTTERGARTEN WAR GESTERN

Mettmann legt vor

BUND Ratingen plant „Umbau live“

Seit Jahren ein Dauerthema für den BUND Mettmann. Unsere Vorschläge zum Vorgehen gegen diese verbotene Form der Gartengestaltung stießen aber bei der Stadtverwaltung lange Zeit auf taube Ohren, obwohl das Rathaus selbst seit über 10 Jahren von einem solchen umgeben war.



Dieses unansehnliche graue und nur spärlich bepflanzte Areal wurde nun endlich im Oktober 2025 von Schotter und Folie befreit und anschließend an einem Aktionstag von engagierten Bürgern, Mitarbeitern der Stadtverwaltung und BUNDlern mit mehr als 1500 (!) insektenfreundlichen Stauden neu bepflanzt. Nun ist es geschafft:



Der Schotter ist weg! Unser Wunsch zum neuen Jahr und an den neuen Bürgermeister von Mettmann ist jetzt natürlich der nächste gemeinsame Schritt: Der Umbau von vielen Mettmanner Schottergärten zu pflanzen-, tier- und klimafreundlichen Minibiotopen.

Marita Wolf-Krautwald

Das allseits bekannte Dilemma besteht darin, dass Schottergärten zwar verboten sind und eine Rechtspflicht besteht, sie zurückzubauen, aber dass (fast) keiner es macht. Warum nicht? Weil sich die kommunalen Verwaltungen personell nicht in der Lage sehen, die notwendigen Schritte zu unternehmen: Erhebung der Schottergärten in der Kommune, Anschreiben der Eigentümer*innen, Kontrolle ob der Rückbau fristgerecht erfolgt ist, Bußgeldbescheide verschicken etc. - oder dass sie sich nicht mit den Bürger*innen anlegen wollen, Klagen befürchten. Ein heißes Eisen offensichtlich, und Aufklärung - Ratingen hat vor einigen Jahren eine wunderbare Broschüre den Grundsteuerbescheiden beigelegt - und der Appell an Freiwilligkeit reichen nicht.

Wieder die Frage: Warum nicht? Man sollte annehmen, dass den meisten die Sachlage bekannt ist. Die einen dürften darauf hoffen dass nichts passiert, dass die Verwaltung sich nicht rührt. Die anderen haben mittlerweile festgestellt, dass ein Schottergarten doch nicht so pflegeleicht ist wie gedacht, unerwünschtes Grün auf und zwischen den Steinen auftaucht und er sich im Sommer unangenehm aufheizt anstatt zu kühlen wie ein richtiger Garten.

Eine Bepflanzung mit niedrigen Büschen, Bodendeckern und einheimischen Stauden, wo man Bienen summen hören kann, wäre doch viel schöner. Aber pflegeintensiv soll es auch nicht sein und das kostet sicher Unsummen!

Hier will der BUND Ratingen ansetzen, indem er den öffentlichen Rückbau eines Schottergartens organisiert. Ein lokaler Gartenbauunternehmer ist bereit, sich darauf einzulassen und den Schottergarten eines Kunden, der sich für einen naturnahen Garten entschieden hat, nach öffentlicher Ankündigung und mit Publikum zurückzubauen. Es ständen 2 Termine im Frühling an: an einem Samstag würden der Schotter und die Pflanzen entfernt und der Boden ausgetauscht und am darauf folgenden Samstag der neue Garten angelegt. Genügend Zeit für alle Interessierten, den Gartenbauer zu „löchern“ mit allen ihren Fragen bezüglich der Pflanzenauswahl und der Kosten. Mit Sicherheit werden so viele Bedenken ausgeräumt, die Gartenbesitzer*innen davon abhalten, sich von ihrer Steinwüste zu verabschieden und eine grüne Oase in unserer hochverdichteten und versiegelten Stadtlandschaft zu schaffen. Die Ortsgruppe hofft, dass diese Aktion viele Nachahmer*innen findet.

Edeltraud Bell



STREUOBSTWIESEN FEST IN RATINGEN



19. September 2026 - 12.00 Uhr bis 17.00 Uhr
Obstwiese Hahner Heide
Ratingen, Parkplatz Auf der Aue

Streuobstwiesen sind vielfältige, artenreiche Lebensräume. Gleichzeitig sind sie landschaftliche Kleinode, die die Kulturlandschaft im Frühling durch ihre Blütenpracht und im Herbst durch leuchtende Früchte malerisch aufwerten.

Nur wenige Ratinger Bürger*innen kennen bisher die städtische Obstbaumwiese auf der Hahner Heide. Das will der BUND Ratingen ändern und die Wiese lebendig werden lassen. Mit Bastelaktionen und Spielen für Kinder, sowie einem Streuobstwiesen-Quiz für die jugendlichen und erwachsenen Besucher*innen. Des Weiteren ist ein Informationsstand zum ökologischen Wert der Streuobstwiese geplant. Beim gemeinsamen Apfelsaftpressen mittels einer Handpresse werden die Festteilnehmer selbst aktiv und können anschließend den frischen, köstlichen Saft genießen.

Helfende Hände sind herzlich willkommen. Wer bei der Vorbereitung und Durchführung unterstützen möchte, kann sich gern melden unter:
bund.ratingen@bund.net

Sabine Klauke

ABSCHIED VON EINER PIONIERIN DES KLIMASCHUTZES

Edith Feltgen war fast von Anfang an dabei: Der BUND gründete sich 1975, sie trat im Jahr 1982 ein.

Angekommen im Ruhestand, entschied sie sich für den Unruhestand. Sie kam zu einem Arbeitstreffen der BUND-Ortsgruppe Ratingen und verkündete: „Ich mache mit.“ Und das tat sie bis an ihr Lebensende - unermüdlich, streitbar und unbeirrbar.

Als erstes ließ sie sich in ihrem Gärtchen einen Teich anlegen. Als passionierte Alltagsradfahrerin richtete sie bald den Fokus auf nachhaltige Mobilität und schaffte es unter anderem, dass in Ratingen die erste und bisher einzige Fahrradstraße eingerichtet wurde.

Da nach ihrer Meinung dem Klimaschutz nicht genügend Beachtung geschenkt wurde, gründete sie zusammen mit Gleichgesinnten den Ratinger Klimabeirat und wurde für viele Jahre seine Vorsitzende.

Letztes Jahr feierte der Ratinger Klimabeirat sein 25jähriges Jubiläum mit einem spannenden Vortrag von Sven Plöger. Regelmäßig wohnte die Ehrenvorsitzende den Sitzungen bei und forderte noch vor wenigen Monaten in einer flammenden, viel beachteten Rede, dass dem Klimaschutz und der Klimafolgenanpassung eine höhere Priorität bei den Entscheidungen von Politik und Verwaltung eingeräumt werden müsste.

Edith blieb der Ortsgruppe trotz ihres vielfältigen Engagements in der Stadtgesellschaft immer treu. Sie besuchte unsere Arbeitstreffen und unsere Veranstaltungen und trug mit ihren Anregungen und pointierten Wortbeiträgen zum Erfolg unserer Arbeit im Umwelt- und Naturschutz bei.

Im Januar ist sie im Alter von 98 Jahren gestorben.



Wir verabschieden und bedanken uns bei Edith Feltgen für ihren besonderen Einsatz für Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Sie wird uns sehr fehlen.

Edeltraud Bell

Terminhinweis zur Mitgliederversammlung der BUND Kreisgruppe Mettmann

Am
Mittwoch, 25. März 2026

findet die Mitgliederversammlung der
BUND Kreisgruppe Mettmann
um 18.30 Uhr
im Naturschutzzentrum Bruchhausen
Bruchhauser Straße 47-49, 40699 Erkrath
statt.

Die Einladung
mit einem Vorschlag für die Tagesordnung
finden Sie auf der Homepage
www.bund-kreis-mettmann.de

Wenn Sie Ihre jährliche Einladung
per E-Mail oder Post
erhalten möchten,
informieren Sie bitte den Vorstand hierüber.

Die Kontaktdaten finden Sie auf dieser Seite.



BUNDnessel

Das Radiomagazin

auf Radio Neandertal UKW 97,6
Jeden 1. Sonntag im Monat um 19 Uhr
Jeden 2. Montag im Monat um 20 Uhr

Die Homepage

www.bund-kreis-mettmann.de



Der BUND hat aktuell rund 674.000 Mitglieder und ist auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene aktiv. Er besteht seit 50 über Jahren! Als Mitmachverband gründet sich unsere Stärke auf dem Engagement vieler Menschen, die sich in einer großen Bandbreite von Projekten und inhaltlichen Arbeiten engagieren können.

So werden Sie Mitglied!
Rufen Sie uns an oder kommen Sie zu unseren Treffen.
Oder direkt im Internet: <https://mitglied.bund.net>

Treffen der Ortsgruppen

Erkrath: Auf Nachfrage unter Tel. (0211) 924 26 52

Haan: Jeden 3. Montag im Monat um 19.00 Uhr
Tel. (02129) 95 81 00

Heiligenhaus: Jeden 1. Mittwoch im Monat um 19.30 Uhr
Tel. (02056) 56 91 20

Hilden: Jeden 1. Dienstag im Monat um 19.00 Uhr
Tel. (0 21 03) 6 50 30

Langenfeld: Auf Nachfrage unter Tel. (02175) 89 04 97

Mettmann: Jeden 3. Mittwoch im Monat um 19.30 Uhr
Tel. (02104) 957 69 99 oder (02104) 72712

Monheim am Rhein: Auf Nachfrage unter Tel. (02058) 72497

Ratingen: An zwei Freitagen im Monat um 19.00 Uhr
Tel. (02102) 87 13 76

Velbert: Auf Nachfrage unter Tel. 0175 5640255

Wülfrath: Auf Nachfrage unter Tel. (02058) 7 24 97

BUND Kreisgruppe Mettmann

Vorstand

Götz Lederer
42489 Wülfrath
(02058) 7 24 97
goetz.lederer@bund.net

Marita Wolf-Krautwald
40822 Mettmann
marita.wolf-krautwald@bund.net

Claudia Roth
40723 Hilden
(02103) 2 17 27
claudia.roth@bund.net

BUND-te Seite: Natur im Wandel

Eine Baubrache, irgendwo in Mettmann. Zwischen Schutt, Plastik-eimern, Resten von Kabeln, Bauschaum und Metallresten sprießt eine vielfältige Flora. Manche Arten sind einheimisch, andere zugewandert. Noch sind es ganz überwiegend krautige Pflanzen, aber hier und da haben sich bereits Bäumchen angesiedelt. Von den Rändern her wächst die Brache mit Büschen zu. In wenigen Jahren wird es dort völlig anders aussehen - Natur ist eben immer im Wandel.



Königskerze



Schwarze Königskerze



Wilde Karde



Pflaumenblättriger Weißdorn



Blutweiderich



Wilde Möhre



Pappel



Kamille